

Schule als Kampfzone und politisches Tummelfeld

Autor(en): **Rumley, Tasha**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **39 (2012)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911197>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schule als Kampfzone und politisches Tummelfeld

Die vergangenen fünfzehn Jahre waren im Schweizer Bildungswesen geprägt von Irrungen, Reformen und politischer Instrumentalisierung. Nun hat sich die Situation beruhigt. Man ist zum Pragmatismus zurückgekehrt, konzentriert sich auf die Grundlagenfächer und ist auf die Arbeitswelt ausgerichtet.

Von Tasha Rumley

Es ist schon elf Jahre her, aber die Kränkung ist noch nicht überwunden. Die Schweiz wurde damals in ihrem grössten Stolz verletzt. Als kleines Land ohne natürliche Ressourcen hätschelte sie jahrzehntlang den Mythos von der ausgezeichneten Qualität ihres Bildungswesens, als Grund für schweizerische Wirtschaftswunder. Politiker, Universitätsrektoren und Lehrer wiederholten im Chor: «Unser wichtigster Rohstoff ist die graue Masse.» Der Slogan tönt gut, nur hat er sich als Mythos erwiesen. 2001 erstellte die OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) zum ersten Mal in der Geschichte eine internationale Vergleichsstudie zu den schulischen Leistungen Fünfzehnjähriger – die PISA-Studie. Die Schweiz, überzeugt weltweit eine der besten Schulbildungen zu bieten, schnitt nur knapp durchschnittlich ab. Bei der Lesekompetenz, dem wichtigsten geprüften Fach, landete sie auf dem 17. Platz, knapp vor Spanien und Tschechien und weit abgeschlagen vom Spitzenreiter Finnland.

Zudem zeigte die PISA-Studie auf, dass das Schweizer Bildungswesen zur Zementierung der sozialen Unterschiede beiträgt, denn es gelingt in der Schweiz nicht, Schülern bildungsferner Schichten dieselben Erfolgschancen zu bieten wie denjenigen aus besser gestellten Familien. Ein Schock. Das viel gelobte Schweizer Schulsystem war also schlecht und sozial trennend, der wichtigste Schweizer Rohstoff wurde schlecht genutzt.

Fertig mit dem Allerlei

Seit diesem PISA-Schock bemühen sich Pädagogen und Politiker, die Schmach loszuwerden. Die Studie wird alle drei Jahre wiederholt, die Chancen sind also da, die Leistungen zu verbessern. Zunächst musste man eingestehen, dass die Schweiz den falschen Weg eingeschlagen hatte: 1995 kramelte sie die gymnasiale Matur, die Zugang zur Universität gibt, komplett um. Um den Gymnasiasten die Möglichkeit zu geben, Neues zu erforschen und einen Vorge-

schmack auf die Universität zu erhalten, wurden unzählige Wahlpflichtfächer eingeführt: Religionswissenschaften, Psychologie, Spanisch und viele mehr. Für PISA sind aber nur die Grundlagenfächer von Interesse: Erstsprache, Mathematik und Naturwissenschaften. Um auf internationaler Ebene aufzuholen, gab es für die Schweiz eigentlich nur eine Lösung: auf das bei den Schülern äusserst beliebte Allerlei verzichten.

Die Gesamtleistung zu steigern ist wegen des Föderalismus allerdings in der Schweiz sehr viel schwieriger als anderswo, denn die Zuständigkeiten für Primar- und Sekundarschule, Gymnasium und Universität sind auf Gemeinden, Kantone und Bund aufgeteilt. Zudem gibt es regionale Unterschiede. Zur Überraschung aller schnitten die Schüler der Westschweiz in der PISA-Studie besser ab als Deutschschweizer und Tessiner.

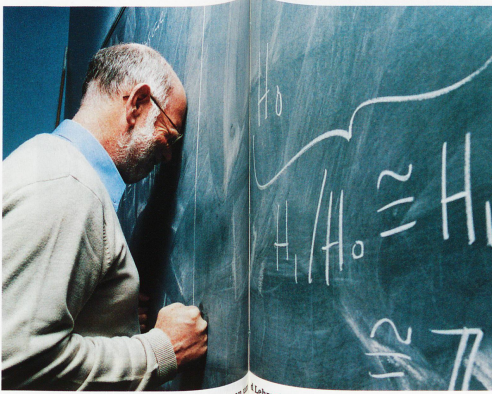
HarmoS oder die Schweizer Schule

Die schmerzhafteste Erkenntnis hatte aber auch ihr Gütes: Sie war der Auslöser für die ehrgeizigste Schulreform der Geschichte. Eine Reform, wie sie ansonsten in der Schweiz kaum möglich gewesen wäre. Heute werden Schüler in Appenzell gleich ausgebildet wie in Genf. Wichtig ist dies auch, weil karrierebedingtes «Nomadentum» der Eltern immer häufiger wird. Sollen Schüler nach einem Wohnortswechsel nicht regelmässig eine Klasse wiederholen müssen, braucht es ähnlich aufgebaute Schulsysteme in der ganzen Schweiz. In einer globalisierten Welt, in der Bildung ein wichtiger Faktor der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit geworden ist, ist auch eine gewisse Anpassung an die Nachbarländer unerlässlich. Um die obligatorische Schule zumindest in groben Zügen zu vereinheitlichen, wurde daher das Projekt HarmoS ins Leben gerufen.

HarmoS – Kürzel für «Harmonisierung der obligatorischen Schule» – ist eine interkantonale Vereinbarung, welche die wichtigen Eckpunkte der Schweizer Volksschule festlegt. Die Bevölkerung selbst wollte mit 26 verschie-



Die Schule in den Vierzigerjahren: Die Lehrer hatten einen hohen Anspruch, die Schüler waren diszipliniert und folgsam



Reformen und Einnischung der Politik haben Lehrern in den vergangenen Jahren zermüht

denen Schulsystemen aufräumen. Das zeigte die Abstimmung über die entsprechenden Verfassungsartikel im Jahr 2006: 86 % stimmten zu. Eine Sensation. Mit HarmoS wurden einige grundlegende Punkte für alle verbindlich. Die Einschulung wurde auf das vollendete vierte Altersjahr festgelegt, die Dauer der obligatorischen Schulzeit – einschliesslich zwei Jahre Kindergarten – auf elf Jahre. Kantone wie Freiburg, Luzern, Obwalden, Schwyz und Uri, die zuvor nur ein Kindergartenjahr angeboten hatten, mussten neue Klassen einrichten. Heikler waren die Entscheide, die den Inhalt der Ausbildung betrafen: Welche Fächer sind obligatorisch? In welchem Schuljahr wird mit dem entsprechenden Unterricht begonnen? Und welches Kompetenzniveau muss erreicht werden?

Ein Glücksfall für die Politik

Bis 2015 sollten alle Kantone HarmoS beitreten sein. Bis dieser Konsens stand, haben schwere Kämpfe das Land erschüttert. Die Harmonisierung führte zu einer schweizweiten Debatte über Schule und Bildung. Das war ein Steilpass für die politischen Parteien, die bis dahin die Schule nie zu einem nationalen Thema hatten machen können. Die grösste Partei der Schweiz, die Schweizerische Volkspartei (SVP), ergriff die Gelegenheit ohne Zögern. Die konservativ ausgerichtete Partei nahm die Einschulung im Alter von vier Jahren ins Visier: Sie beklagte die zu frühe Trennung der Kinder von der Familie und brandmarkte dies als «Einnischung des Staates» in die elterliche Erziehungsaufgabe. Dass 80 % der Schweizer Kinder bereits heute mit vier Jahren den Kindergarten besuchen, wurde ignoriert. Beim Versuch, in allen Kantonen genügend Unterschriften für ein Referendum gegen HarmoS zu sammeln, zeigte die Partei 2008 und 2009 ihre ungeheure Schlagkraft: Öffentliche und private Plakatwände wurden mit Bildern eines weinenden, zum Schulbesuch gezwungenen kleinen Mädchens zugespflastert – ein herzzerreissender Anblick. Zwar machten die Medien publik, dass das abgebildete Mädchen nicht vier, sondern nur zwei Jahre alt war, trotzdem gewann die SVP das Referendum in sieben Deutschschweizer Kantonen (AG, GR, LU, NW, TG, UR, ZG). Wenn diese bis 2015 HarmoS nicht beigetreten sind, wird sie der Bund zur Ordnung rufen.

Ein Labor der idealen Gesellschaft

Die SVP Kampagne wurde zum Präzedenzfall. Nun versuchen alle grossen Par-



Plakat der SVP gegen Schuleintritt mit vier Jahren

teien, sich mit dem Thema Bildung zu profilieren. So entbrannte rund um das Thema Schule eine veritable Schlacht. Die Politiker hatten rasch begriffen, dass die Schule bestens als Labor der idealen Gesellschaft funktioniert. Über die Schulpolitik können die Parteien ihre Botschaft konzentriert vermitteln. Wenn die SVP für einen späten Schuleintritt und gegen Tagesschulen kämpft, dann um ihr traditionelles Familienmodell mit der Mutter am Herd zu verteidigen. Das war auch bei der Initiative «Ja zur Mundart im Kindergarten» der Fall; die SVP hat 2011 diese Abstimmung in Zürich gewonnen. Über das Pädagogische hinaus war dies ein Triumph für die SVP und ihre Vorstellung einer bodenständigen, lokalpatriotischen und folkloristischen Schweiz.

Am andern Ende des politischen Spektrums nutzte die Sozialdemokratische Partei (SP) das Thema Schule, um ihre egalitäre und einwanderungsfreundliche Botschaft zu vermitteln. Sie setzt sich ein für durchmischte Klassen, in denen Schüler nicht nach Leistungsniveau getrennt sind, und für die «integrierte Heilpädagogik», wo behinderte Schüler den normalen Schullern unterrichtet werden. Die Freisinnig-demokratische Partei (FDP) ihrerseits sieht die Schule als Vorzimmer des Arbeitsmarktes: Sie plädiert für Tagesschulen, mit Mittagstisch und Betreuung nach dem Unterricht, damit die Eltern Karriere machen können. Zudem legt die FDP Wert auf die kompetitive und pragmatische Komponente in der Schulbildung, welche auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet sein soll.

Für alle Parteien eine Herausforderung ist das allgemeine politische Desinteresse der Bürger. Schulthemen garantieren da heisse Diskussionen und Kampagnen mit viel Medienpräsenz. Dies wollten auch neue Akteure nutzen, beispielsweise die Anhänger von Privatschulen. Sie brachten 2008

die Idee von «Bildungsgutscheinen» ins Spiel: Der Staat solle den Eltern einen Gutschein in Höhe von 15 000 Franken ausstellen, damit könnte jeder seine Kinder an die Schule seiner Wahl – private oder öffentliche – schicken. Dieses Modell brachte in den Niederlanden zwar interessante pädagogische Konzepte hervor, aber es führte auch zu einer alarmierenden Segregation. Gebürtige Niederländer mieden die von Immigrantenkindern besuchten Schulen, deren Niveau in Folge weiter absank. Plötzlich gab es «schwarze» und «weisse Schulen», was fatal an Apartheid erinnert. Die Idee der Bildungsgutscheine hat in der Deutschschweiz mehr Aufmerksamkeit erregt als in der Romandie – wirklich ernst nimmt die Idee jedoch niemand. Bei kantonalen Abstimmungen in St. Gallen, Thurgau, Basel-Landschaft und Zürich wurden die Anträge stets wuchtig verworfen – im Durchschnitt mit 80 %.

Verbitterung über «Bologna» an den Unis

Die Schweizer Hochschulen sind EU-kompatibel geworden. Die Bologna-Reform führte aber zu Studentenprotesten und zum Prinzip: mit geringstem Aufwand ans Ziel.

Es war ein wichtiger Schritt in Europa: Die Schaffung eines Bildungsraums, in dem ein Schweizer Diplom gleich viel wert ist wie ein polnisches oder ein norwegisches. Ein Kernpunkt in der 1999 von 29 europäischen Staaten unterzeichneten «Erklärung von Bologna» ist das zweistufige Studiensystem mit einer dreijährigen Grundausbildung (Bachelor) und einer ein- bis zweijährigen Spezialisierung (Master), die einem Lizentiat entspricht. Um sie zu erlangen, müssen Punkte (Credits) gesammelt werden, die man für jede besuchte Vorlesung erhält.

Die Jagd nach Credits

Nach zehn Jahren liegt «Bologna» immer noch schwer auf dem Magen. Früher liess die Universität den Studierenden Spielraum beim Zusammenstellen ihres Studiums. Seit der Reform gelten weit starrere Studienpläne mit vielen obligatorischen Kursen. Teilweise gibt es sogar Anwesenheitskontrollen, etwas, das bis in die 90er-Jahre unvorstellbar gewesen wäre. Die Freiheit innerhalb der akademischen Ausbildung hat auch wirtschaftliche Gründe: 78 % der Studierenden arbeiten nebenher, 23 %, weil sie darauf angewiesen sind. Mit einem dichteren und starren Stundenplan wird dies immer schwieriger. Reaktion auf diese «schulische Infantilisierung» ist ein Minimalistentum: Bei der Wahl der Vorlesungen zählt das Interesse weniger als die Frage, wie man mit geringem Aufwand zu Credits kommt. «Das Minimum wird zur Norm. Die Studierenden jagen und sammeln ihre Punkte», wird Martin Roeck, der Präsident des Zürcher Studierendenrats, im «Tages-Anzeiger» zitiert.

Die gescheiterte Freizügigkeit

Mit «Bologna» verknüpft war auch die Hoffnung auf mehr Mobilität: Auslandssemester und der Wechsel der Universität zwischen Bachelor und Master sollten erleichtert werden. Statt der erwarteten 20 % gehen neu aber nur 15,7 % der Schweizer Studierenden zum Studium ins Ausland. Im Rektorenbericht steht sogar, dass es «der Studienaufbau ist, der die Mobilität mehr behindert als fördert». Explodiert ist hingegen die Zahl der Ausländer, die in der Schweiz studieren: von 19 000 im Jahr 2000 auf aktuell 30 000. Heute machen sie einen Viertel der Studierenden aus. Dadurch verschärft sich das chronische Wohnraumproblem und die teils unzumutbaren Zustände mit übervollen Hörsälen – Studenten, die am Boden sitzen, gehören heute zur Norm.

Als Reaktion darauf erwägen die Universitäten, die Studiengebühren für ausländische Studierende zu erhöhen. Bisher bezahlten diese ähnlich viel wie die Schweizer (600 Franken pro Semester). Nun soll das angelsächsische Modell angewendet werden, bei dem ausländische Studierende Zehntausende Franken bezahlen, um Zugang zur Universität zu bekommen. Die Schweizer Studierendenorganisationen wehren sich allerdings, denn sie fürchten, dass dann auch die Gebühren für die Schweizer erhöht werden. Dies hat sich kürzlich bereits bei der Universität St. Gallen und den Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) bewahrheitet.

Die Verunsicherung der Studierenden führt seit 2009 zunehmend zu Spannungen. Bei Demonstrationen wird «Bologna» zum Sündenbock für alles und jedes: Die Kritik an der europäischen Reform wird mit rein schweizerischen Problemen vermischt. Andererseits ignorieren die Demonstrierenden, welchen Schwierigkeiten sie im globalisierten Arbeitsmarkt gegenüberstünden, könnte die Schweiz keine international anerkannten Diplome mehr ausstellen. «Bologna» ist – trotz der Kollateralschäden – nicht einfach eine Option, sondern eine Notwendigkeit.

Gräben und Fronten bildeten sich auch zwischen den verschiedenen Schulstufen: Die oberen klagten, die Schüler würden in den unteren Stufen schlecht vorbereitet. Die Initialzündung für den Disput gab die angesehene ETH in Zürich, als sie 2009 ein Ranking der Deutschschweizer Gymnasien veröffentlichte. Sie wertete die Prüfungsergebnisse der Erstsemestrigen aus und klassierte die Herkunftsgymnasien nach deren Leistung. Trotz der Entrüstung in der pädagogischen Welt haben Universitäten und Hochschulen begonnen, Druck bei der Grundausbildung zu machen. Mit Erfolg. Die neue Losung heisst «Effizienz» und Schluss mit sympathischen, künstlerischen



Studentenproteste in Zürich

und exotischen Fächern. Ein Kanton nach dem anderen stellte seine Ausbildungsgänge auf nützliche Fächer um. Der Kanton Jura, der auch Theater als Option im Lehrplan hat, steht von allen Seiten unter Druck. Die Waadt erhöht die Zahl der Mathematikstunden, Zürich will dies bei den Deutschstunden tun. Im Gegenzug würden Schüler von Fächern befreit, die als sekundär erachtet werden, zum Beispiel Französisch ...

Zusammenhalt der Wirtschaft opfern?

Es erscheint paradox, je einheitlicher die Schule in der Schweiz wird, umso weiter entfernt sie sich von der Vorgabe, den nationalen Zusammenhalt zu fördern. Dafür räumt sie der Förderung wirtschaftlich nutzbarer und rentabler Kompetenzen immer mehr Raum ein. Diese Tendenz setzte schon 1999 ein, als Zürich Englisch bei den Fremdsprachen an erste Stelle setzte – vor das Französisch. Dreizehn deutschsprachige Kantone sind dem Beispiel gefolgt. Heute beginnen also die meisten Deutschschweizer Kinder mit acht Jahren Englisch zu lernen und erst mit zehn Jahren Französisch, während in der Westschweiz weiterhin Deutsch die erste Fremdsprache ist.

Langsam verziehen sich die Staubwolken der Grabenkämpfe. Die letzte PISA-Studie zeigte eine verbesserte Lesekompetenz bei

der Schweizer Jugend, diesmal lag sie leicht über dem Durchschnitt. Harmons verlässt die politische Arena und wird in den Schulen nach und nach Realität. In der Deutschschweiz ist man bei der Erarbeitung des gemeinsamen Lehrplans in der Schlussphase. Das Westschweizer Pendant, der Plan d'étude romand (PER), ist bereits Realität.

Im Tessin sind nur wenige unumstrittene Änderungen beim Lehrplan erforderlich. Nun wird wohl Ruhe einkehren. Und die Schule gehört wieder denjenigen, für die sie gedacht ist: den Schülern.

TASHA RUMLEY ist Redaktorin bei der Lausanner Wochenzeitung «L'Hebdo»

Die Lehre, eine fragile Schweizer Spezialität

Die Schweiz ist stolz auf ihr duales Ausbildungssystem, mit dem kostengünstig junge Berufsleute herangezogen werden. Allerdings ist die Berufslehre für schwache Schüler immer öfter zu anspruchsvoll – sie ist ein Opfer ihres Erfolgs.

Die Schweiz, ein Land voll mit Diplomen dekorierte Intellektuelle? Dieses Bild ist im Ausland verbreitet, die Realität ist allerdings eine andere. Unser Land hat eine der niedrigsten Abiturientenquoten. Nur 30% der Schweizer haben eine gymnasiale oder eine Berufsmatura, der Durchschnitt der OECD-Länder liegt bei 60% ... Was also ist das Geheimnis der Schweiz, die eine im Vergleich zu den Nachbarländern sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit aufweist? Es ist die Lehre.

18 Bewerbungen für eine Lehrstelle

Nach der Schule entscheiden sich 70 % der Jugendlichen für eine Lehre. Sie wird als duale Ausbildung bezeichnet, weil Arbeit in einem Betrieb und Schulunterricht kombiniert sind. Die Zahl der Berufe, die in drei oder vier Jahren erlernt werden können, ist gross. Auch wenn befürchtet wird, in Wirtschaftskrisen würden kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aufhören, Lehrstellen anzubieten, hat sich dies bisher nicht bewahrheitet. Einerseits, weil der Lehrbetrieb einen Nutzen hat: Im letzten Lehrjahr erreichen Lehrlinge Dreiviertel der Produktivität eines normalen Angestellten, und das für einen sehr niedrigen Lohn von einigen Hundert Franken. Andererseits geniesst die duale Ausbildung Förderung durch den Staat. Mehrere Kantone bezahlen Betrieben, die Lehrstellen schaffen, bis zu 5000 Franken. Zudem gibt es Berufsbildungsfonds, an die alle Firmen einen Beitrag bezahlen müssen. Mit diesen Geldern werden Kompensationen für Kosten bezahlt, welche Lehrlingsbetreuung im Betrieb verursacht.

Obschon 70 % der Lehrlinge mit ihrer Ausbildung zufrieden sind und sich Absolventen einer Berufslehre besser in die Arbeitswelt integrieren als Universitätsabgänger, ist die Lage nicht nur rosig. Wegen des chronischen Stellenmangels ist der Lehrstellenmarkt sehr kompetitiv geworden. Im Durchschnitt muss sich ein Jugendlicher 18 Mal bewerben, bis er eine Lehrstelle findet. Da sie am längeren Hebel sitzen, erhöhen die Arbeitgeber ihre Anforderungen. Sie achten inzwischen genau auf die Schulbildung der Kandidatinnen und Kandidaten: Der unterste Schultyp wird zum Stigma, diese Jugendlichen schaffen nach einer bereits schwierigen Schulzeit den Einstieg in die Berufswelt oft nicht.

Immer älter

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Welt der Berufslehre völlig gewandelt. In den 80er-Jahren stellten die Lehrbetriebe 16-jährige Schulabgänger ein. Für ihre Ausbildung war dann von A bis Z der Lehrmeister zuständig. Heute liegt das durchschnittliche Alter beim Lehrstellenantritt bei 18 Jahren. Die Unternehmen wollen reifere Lehrlinge, die bereits Erfahrung in der Arbeitswelt gesammelt oder einen Sprachaufenthalt gemacht haben. 2011 gab es im Kampf um Lehrstellen eine Wende: Grossunternehmen wie Novartis, Roche und Syngenta besetzten ihre Lehrstellen mit Deutschen und Franzosen, die schon etwas älter waren, ein Abitur im Sack hatten, also rentabler waren. Gleichzeitig blieben Hunderte junger Schweizer auf der Strecke.

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, was die duale Ausbildung wirklich sein soll: ein Angebot mit dem Ziel, allen Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen, wie es die kantonalen Beiträge vermuten lassen? Oder sollen die Unternehmen nach den Grundsätzen des freien Marktes das Lehrstellensystem nutzen dürfen, um fähige junge Leute billiger anstellen zu können? Eine Antwort des Bundes ist fällig.



Lehrling und Lehrmeister in einer Schreinerei